

## Fadegrad



von  
Roland Scheck

## Der Selfishman

Hans Hess ist ein umtriebiger Mensch. Der FDP-Ständerat wird auch als «Briefkastenkönig von Obwalden» bezeichnet, da er zahlreiche Domizil- und Sitzgesellschaften an seiner Adresse beherbergt.

Es gibt aber noch einen zweiten Hans Hess, nicht weniger umtriebig. Dieser ist in die dynamischen Fussstapfen von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann getreten und präsidenten den Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Daneben ist Hans Hess auch noch Vizepräsident der Economiesuisse. Hans Hess hat in seinem Leben schon vieles gemacht, was ihm von der «NZZ» das Prädikat «Hansdampf Hess» einbrachte. Die Liste seines Schaffens ist lang. Aber einen Arbeitsplatz hat er bisher noch nicht geschaffen. Er selbst sieht das auch so und räumt ein, er sei zwar kein Unternehmer, aber ein unternehmerischer Typ. Zeit seines Lebens sei er Angestellter gewesen. Der Swissmem-Präsident und Economiesuisse-Vizepräsident kennt das Unternehmertum vom Hörensagen. Vielleicht erklärt dies auch seine Aversion gegen Christoph Blocher, seines Zeichens ein echter Unternehmer mit profundem Leistungsausweis. Beim Stichwort Christoph Blocher lässt Hansdampf Hess jeweils gehörig Dampf ab. Als «dümmste Aussage» geisselt er Christoph Blochers Überlegung, dass das Freihandelsabkommen von 1972 mit der EU für die Bedürfnisse der Schweiz grundsätzlich ausreichend ist. Christoph Blocher verfolge laut Hess gar die persönliche Absicht, die Schweiz in die 1970er-Jahre zurückzukatapultierten. Hans Hess hat andere Vorstellungen von der Schweiz als die Schweizer. Nach der Ankündigung des Bundesrates, die Masseneinwanderungsinitiative konsequent umsetzen zu wollen, liess Vorzeige-Demokrat Hess verlauten, dass er deswegen in grosser Sorge sei. «Es läuft komplett in die falsche Richtung». Neben der direkten Demokratie bereitet ihm auch der Schutz des Privateigentums der Bürger Mühe. Anders ist sein Nachbeten des linken Gassenhauers nicht zu erklären: «Das Bankgeheimnis gehört abgeschafft». Und selbst mit Wirtschaftsprognosen tut sich der Wirtschaftsverbandsfunktionär Hans Hess schwer. 2012 prophezeite er ein «blutiges Kapitel» mit einem gigantischen Stellenabbau für den Technologie-Werkplatz. Aber wen kümmert schon sein Geschwätz von gestern? Nur wenige Monate später stimmte die Economiesuisse das Klagegeld vom angeblichen Fachkräftemangel an, um die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung zu bekämpfen.

Anders als sein Feindbild Christoph Blocher ist Hans Hess kein Selfmademan. Eigentlich ist er eher das Gegenteil davon. Ein Selfishman. Aber Swissmem und Economiesuisse werden ihre Gründe haben, weshalb sie ihn geholt haben. Er hat bestimmt Kompetenzen. Er kann sie halt einfach gut verbergen.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Verhexte Postulate als Zeitvertreib?

Ein nicht ganz alltägliches Postulat wurde im Präsidentschaftsdepartement von Seiten der sozialen Partei eingereicht. Der Inhalt lautet, dass eine Gedenktafel für Personen zu erstellen sei, welche wegen Hexerei verurteilt wurden.



Nina Fehr Düsel  
Gemeinderätin SVP  
Zürich 7/8

Sogleich fragt man sich, ob dies wirklich zu den dringenden heutigen Anliegen im Rat gehört. Der Stadtrat wird darin aufgefordert zu prüfen, wie mit einem Mahnmal der 79 Personen gedacht werden kann, die zwischen 1478 und 1701 in Zürich wegen sogenannter Hexerei gefoltert und zum Tode verurteilt wurden.

## Mit Steuergeldern finanziert

Die Begründung für dieses äusserst ausgiebig diskutierte Postulat ist wie folgt: In – nota bene – der frühen Neuzeit wurden in Zürich 75 Frauen und vier Männer wegen Hexerei gefoltert und verurteilt. Hexerei sei ein imaginäres Verbrechen und die damaligen Urteile seien nicht rechtmässig gewesen. Die Forderung der beiden SP-Vertreter geht auf ein Buch von Otto Sigg zurück. Fazit: Ein einzelner, pensionierter Staatsarchivar forderte eine Gedenktafel und diesem Begehren

folgen nun die Postulanten sogleich. Ausserdem erhalten wir noch einen geschichtlichen Exkurs: Urteilende Instanz im alten Zürich war der Kleine Rat unter Vorsitz des Säckelmeisters. Als sein Rechtsnachfolger könne gemäss Postulanten sowohl der Stadtrat als auch der Regierungsrat betrachtet werden. Die sehr konstruierte «Rehabilitation» könne gemäss SP (nach offenbar schlechter Recherche, wie sich zeigt) daher durch beide Gremien erfolgen, mit einem gemeinsamen Mahnmal.

Als hätten wir nicht schon genug abstruse Kunst, soll nun eine Gedenktafel mit den Namen der Hingerichteten bei der Wasserkirche oder ein künstlerisches Mahnmal in der Sihl erstellt werden. Niemand bestreitet, dass dies passiert ist, doch braucht es hier wirklich ein städtisch gesponserter Denkmal? Wenn sogar die rote Stadtpräsidentin und Kunstliebhaberin zu bedenken gibt, dass dies grundsätzlich Aufgabe des Kantons wäre. Ein privater Verein könnte dies – gemäss anderen Voten – bei Interesse ja initiieren.

Sicher gäbe es noch unzählige historische Verbrechen, an die man denken könnte. Ich denke, dass wir der

städtischen Bevölkerung schuldig sind, über wirklich gewichtige und vor allem aktuelle Themen im Rat zu diskutieren; zumal diese unsere Geschäfte auch mit ihrem Steuergeld finanziert. Was dann umso mehr erstaunt, ist, dass dieses Postulat schlussendlich tatsächlich im Rat gutgeheissen wurde. Solche Probleme scheinen offenbar wirklich zu bewegen.

## Volksnah und pragmatisch handeln

Das darauffolgende Postulat zur aktiven Publikation von städtischen Daten wäre in der Materie zwar per se nicht abzulehnen gewesen, doch auch hier stellte sich die Frage der Notwendigkeit und der Kosten. Der Stadtrat wird in diesem Postulat seitens FDP und GLP aufgefordert zu prüfen, wie die Publikation offener Behörden Daten der Stadt Zürich («Open Government Data», OGD) durch einen verbindlichen Auftrag zur aktiven Veröffentlichung der nicht dem Datenschutz untergeordneten Datenbestände beschleunigt werden könne.

Dieses Anliegen wird damit begründet, dass seit Juni 2012 den städtischen Abteilungen mit Inbetrieb-

nahme des OGD-Portales eine Publikationsplattform zur Verfügung stehe. Open Government Data verfolge das Ziel der erhöhten Transparenz und Effizienz im Gemeinwesen.

Allerdings sei gemäss Postulanten erst ein Bruchteil der potenziellen OGD der Stadt Zürich zugänglich und zahlreiche wertvolle Datenbestände würden weiterhin brach liegen. Ein verbindlicher Auftrag des Stadtrats an die Verwaltung zur aktiven Publikation würde den OGD-Prozess beschleunigen.

Eine spezielle Beschleunigung dieses Prozesses macht hier nach Meinung unserer Fraktion allerdings keinen Sinn. Es existieren bereits ausreichende Möglichkeiten, um an nicht geheime Daten zu kommen. Auch muss unterschieden werden, ob wirklich ein Nutzen und ein Bedürfnis der Bevölkerung besteht, um diese zusätzlichen Kosten zu rechtfertigen. So würde eine Beschleunigung des OGD-Prozesses mit aktiver Publikation der Daten auch einiges an Kosten verursachen. Einmal mehr wurde in dieser Ratsitzung klar, dass die SVP an tiefen Kosten interessiert ist und volksnahe, pragmatische Ansätze verfolgt.

## KANTONSRAATSWAHLEN 2015

## Stadt Zürich verliert Kantonsratsitz an den Bezirk Dielsdorf

Dem Wahlkreis Dielsdorf stehen in der Amtsdauer 2015–2019 neu 11 statt bisher 10 Sitze im Kantonsrat zu. Umgekehrt können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadtzürcher Kreise 1 und 2 nur noch 4 statt bisher 5 Kantonsrätinnen und Kantonsräte ins Rathaus entsenden. Das ist das Resultat der neuen Sitzverteilung für den Kantonsrat, welche die Direktion der Justiz und des Innern gestützt auf jüngste Bevölkerungszahlen festgelegt hat.

ZB. Der Zürcher Kantonsrat zählt 180 Mitglieder. Zugeteilt werden die Sitze den 18 Wahlkreisen gestützt darauf, wie die Gesamtbevölkerung – Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer – auf die Wahlkreise verteilt lebt. Am Stichtag 31. Dezember 2013 hatten 1 421 895 Personen ihren Wohnsitz im Kanton Zürich. Demnach entfällt auf 7892 Einwohnerinnen und Einwohner ein Sitz im kantonalen Parlament. Weil die Bevölkerungszahl im Bezirk Dielsdorf gewachsen ist, kann der Wahlkreis für die Amtsdauer 2015–2019 11 statt bisher 10 Sitze vergeben. Umgekehrt verliert der aus den Stadtkreisen 1 und 2 bestehende Wahlkreis Zürich I einen von bisher 5 Sitzen.

Damit ergibt sich für die Amtsdauer 2015–2019 folgende neue Sitzverteilung: Stadt Zürich I (Stadtkreise 1 und 2) 4 (bisher 5), Stadt Zürich II (Stadtkreise 3 und 9) 12, Stadt Zürich III (Stadtkreise 4 und 5) 5, Stadt Zürich IV (Stadtkreise 6 und 10) 9, Stadt Zürich V (Stadtkreise 7 und 8) 6, Stadt Zürich VI (Stadtkreise 11 und 12) 12, Dietikon 11, Affoltern 6, Horgen 15, Meilen 13, Hinwil 12, Uster 16, Pfäffikon 7, Stadt Winterthur 13, Winterthur-Land 7, Andelfingen 4, Bülach 17, Dielsdorf 11 (bisher 10).

Schon auf die Wahlen 2011 hatte sich eine Sitzverschiebung ergeben. Die Zürcher Stadtkreise 7 und 8 mussten damals einen Sitz an den Bezirk Hinwil abtreten.

## LESERBRIEF

## Wieso das weltbeste Gesundheitswesen gefährden?

Unser Gesundheitssystem ist hervorragend – die Schweiz hat die höchste Lebenserwartung weltweit. Ist man auf medizinische Hilfe angewiesen, so sind ein rascher Zugang und Wahlfreiheit gewährleistet. Unsere medizinische Grundversorgung ist qualitativ sehr hochstehend und die verschiedenen Anbieter müssen sich in einem kontrollierten Markt behaupten. Dies führt zu einer gesunden Konkurrenz mit den besten Angeboten – Patientinnen und Patienten dürfen davon profitieren. Eine Einheitskasse würde träge und müsste sich keiner Konkurrenz mehr stellen. Was das heisst, zeigen England oder Frankreich sehr eindrücklich: viel höhere Verwaltungskosten, viel schlechtere Leistungen und sehr lange Wartezeiten. Leute, die es sich leisten können, gehen ins Ausland für

Behandlungen. Wollen wir diese Zweiklassen-Versorgung wirklich auch? Die Preise sinken dadurch leider gar nicht – im Gegenteil! Unsere Versicherungen haben Verwaltungskosten von weniger als 5 Prozent. Die Suva hat schon 11 Prozent, das ist mehr als doppelt so viel bei einem viel kleineren Leistungsangebot und trotz privater Konkurrenz von vielen Unfallversicherungen.

Was würde das erst heissen für eine einzige staatliche Einheitskasse? Ich schätze die Wahlfreiheit und die Konkurrenz führt zu guten Leistungen für die Kunden. Eine Einheitskasse würde sehr schwerfällig und noch teurer. Beides lehne ich entschieden ab!

Theres Weber-Gachnang,  
Kantonsrätin, Uetikon am See

Einladung zur GV 2014  
SVP Stadt Winterthur

Mittwoch, 25. Juni 2014, 20.00 Uhr

Restaurant Hirschen, Lindenplatz 2, 8408 Winterthur

## Traktanden

- |   |                       |
|---|-----------------------|
| 1. Begrüssung / Wahl der Stimmzähler                  | D. Oswald             |
| 2. Jahresrechnung 2013                                | D. Oswald, / P. Lüthi |
| 3. Jahresbericht des Präsidenten                      | D. Oswald             |
| 4. Budget 2014 / Jahresbeitrag 2014                   | D. Oswald / P. Lüthi  |
| 5. Genehmigung des Protokolls der GV vom 7. März 2013 | P. Rüttsche           |
| 6. Gesamterneuerungswahlen                            | D. Oswald             |
| 7. Verschiedenes                                      |                       |

Besuch des Europarats Strassburg  
mit Alfred Heer  
Tagesausflug, am Dienstag, 24. Juni 2014

## Programm:

07.10 Uhr  
10.10 Uhr  
10.15 Uhr

Abfahrt mit Car ab Zürich (Fahrzeit ca. 2.45 h)  
Ankunft im Europarat, Begrüssung durch Alfred Heer  
Eintritt Europarat, Einführung und Diskussion mit Alfred Heer, Nationalrat und Mitglied des Europarats:  
– Die Bedeutung des Europarates für die Schweiz  
– Die Aufgabe der SVP im Europarat

Besuch der Tribüne des Europarates, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Alfred Heer  
Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer

ca. 14.30 Uhr **Nachmittag zur freien Verfügung in der sehenswerten Altstadt**, evtl. Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping

17.30 Uhr **Rückfahrt** nach Zürich  
ca. 20.45 Uhr **Eintreffen** in Zürich

Kosten: Fr. 140.– pro Person alles inklusive (extra: Getränke, ev. Stadtführung, Schifffahrt)

Anmeldung: christoph.baehler@svp-zuerich.ch – Telefon 044 217 77 61  
bitte umgehend anmelden, Anzahl Plätze begrenzt